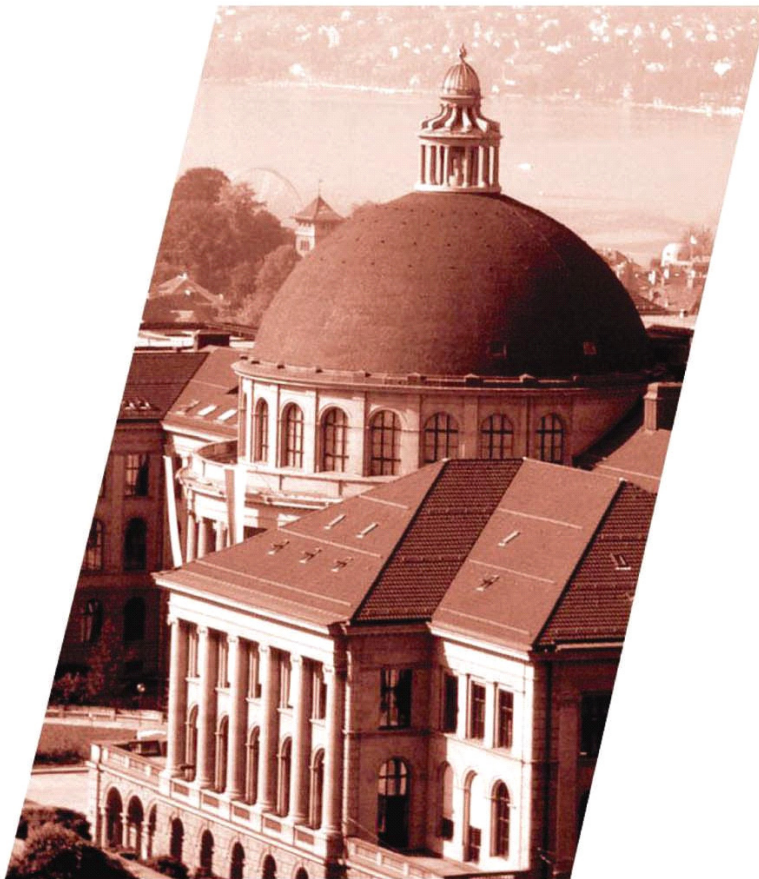


ETH-Arbeitstagungen zur schweizerischen Sicherheitspolitik

Weltpolitische Lage 2011: Herausforderungen für die Schweiz

18. März 2011



© 2011 Center for Security Studies

Kontakt:

Center for Security Studies
ETH Zürich
Haldeneggsteig 4, IFW
CH-8092 Zürich
Schweiz
Tel.: +41-44-632 40 25
css@sipo.gess.ethz.ch

I Zusammenfassung der Tagung

(1) Thema und Zielsetzung

Vor dem Hintergrund der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen wurden an dieser ETH-Arbeitstagung zentrale Themenfelder der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik diskutiert. Im Vergleich zu den traditionellen ETH-Arbeitstagungen unterschied sich das Veranstaltungsformat dabei bezüglich Grösse (75 statt 30-40 Teilnehmer), Dauer (halbtags statt ganztags) und Öffentlichkeitsgrad (Medienberichte). Ziel war, die Kerninhalte der CSS-Jahrespublikation *Strategic Trends 2011* vorzustellen und den Gedankenaustausch zwischen Schlüsselvertretern aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft und Medien zu fördern. Zunächst präsentierte das CSS eine knappe Einschätzung der weltpolitischen Lage. In den anschliessenden Panels wurden zwei für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik besonders relevante aktuelle Entwicklungen aufgegriffen und debattiert:

- ***Panel I: Aussenpolitische Prioritäten der Schweiz zwischen Europa und den neuen Mächten***

In der Schweizer Aussenpolitik haben sich die Akzente in den letzten Jahren verschoben. Dabei haben die bilateralen Beziehungen zu aussereuropäischen Staaten und die Friedenspolitik eine stärkere Gewichtung erfahren. Diese Entwicklungen manifestieren sich u.a. in einer Verlagerung der diplomatischen Ressourcen weg vom EU-Raum. Allerdings zeichnen sich auch in der Europapolitik grosse Herausforderungen ab. Wie kann die Schweiz ihre Interessen auf europäischer und globaler Ebene am besten wahren? Welche aussenpolitischen Prioritäten drängen sich in einem von Machtverschiebungen und Schuldenkrise geprägten internationalen Umfeld auf?

- ***Panel II: Terrorismus: Bedrohung und Abwehrmassnahmen***

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten hat die Schweiz ihre Mittel zur Terrorbekämpfung seit 9/11 und den Anschlägen in Madrid und London nur geringfügig ausgebaut. So hat das Parlament im Frühjahr 2009 den Gesetzesentwurf über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS II) an den Bundesrat zurückgewiesen. Gleichzeitig mehren sich die Warnungen vor neuen Terroranschlägen in Europa. Wie ist die aktuelle Bedrohungslage in Europa einzuschätzen? Ist die Bedrohung für die neutrale Schweiz geringer als etwa für Deutschland? Verfügt die Schweiz über adäquate Instrumente zur Terrorabwehr? Welche Massnahmen drängen sich auf?

(2) Weltpolitische Lage 2011

- I. Die Präsentation der weltpolitischen Lage basierte auf der zweiten Ausgabe der CSS-Jahrespublikation *Strategic Trends*. Der entsprechende Foliensatz findet sich im Anhang.
- II. *Strategic Trends* bietet eine Analyse wichtiger internationaler Entwicklungen, wobei das Hauptaugenmerk auf Fragen der internationalen Sicherheit liegt. Die Publikation richtet sich an ein breites Publikum aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, den Medien und der interessierten Öffentlichkeit. Es ist als Taschenbuch sowie als elektronische Publikation (www.sta.ethz.ch) erhältlich.
- III. In *Strategic Trends 2011* identifiziert das CSS vier zentrale Themen: Den beschleunigten Aufstieg der Schwellenländer und die zunehmende Fragmentierung des internationalen Systems, die Umwälzungen im Nahen und Mittleren Osten, den Wandel der Terrorbedrohung und -abwehr sowie die wachsende Bedeutung von Drogen als sicherheitspolitischer Herausforderung.
- IV. „Fragmentierung“ im Zeitalter der Globalisierung ist ein Leitthema der diesjährigen weltpolitischen Analyse des CSS. Als Folge der globalen Machtverschiebungen sitzt eine wachsende Anzahl von wirtschaftlich erstarkten Staaten mit teilweise divergierenden Interessen und Werten am globalen Verhandlungstisch. Die Schwierigkeiten kollektiven Handelns nehmen zu, Machtpolitik gewinnt wieder an Bedeutung. Fragmentierungstendenzen sind auch auf regionaler Ebene erkennbar, wobei insbesondere der Nahe und Mittlere Osten, teilweise aber auch Europa von neuen Dynamiken erfasst werden. Die Komplexität von Sicherheitspolitik steigt, zumal trotz einer verstärkten Refokussierung auf Herausforderungen durch „starke“ Staaten auch die von „schwachen“ Staaten ausgehenden, asymmetrischen Gefahren weiterhin zu bewältigen sind.
- V. Der seit zwei Jahrzehnten beobachtbare **Machtzuwachs der Schwellenländer** hat sich in Folge der Finanzkrise beschleunigt. China ist heute die unbestrittene Lokomotive der Weltwirtschaft. Ob die Bezeichnung Chinas als „Schwellenland“ noch adäquat ist, ist zu hinterfragen. Im Sog des chinesischen Aufstiegs haben auch andere Schwellenländer (sowie manche Entwicklungsländer) an wirtschaftlicher Dynamik gewonnen. Die Abhängigkeit dieser Staaten von westlicher Nachfrage ist vor allem dank stark intensivierter bilateraler Wirtschaftsbeziehungen mit Peking gesunken. Demgegenüber sind die USA und Europa nach wie vor mit der Bewältigung der Wirtschaftskrise beschäftigt. Vor dem Hintergrund ihrer enormen Schuldenlast werden die USA immer weniger in der Lage und willens sein, unilateral als globale Ordnungsmacht zu agieren. Die EU findet sich aufgrund der Schuldenkrisen einiger ihrer Mitgliedstaaten und divergierender politischer Lösungskonzepte zur Konsolidierung der Währungsunion ebenfalls in einer geschwächten Position. Sie wird auf absehbare Zeit mit internem Krisenmanagement beschäftigt sein und nur eine begrenzte geopolitische Rolle spielen. Den aufsteigenden Schwellenländern wiederum mangelt es an politischem Willen, ihren Teil an globaler Verantwortung zu übernehmen. Dementsprechend zeichnet sich ein Führungsvakuum in der internationalen Politik ab, was eine Bewältigung globaler und regionaler Herausforderungen erschwert.
- VI. **Der Nahe und Mittlere Osten ist im Umbruch.** Die arabischen Revolten im Frühjahr 2011 haben die Welt überrascht. Inwiefern sich Umstürze wie in Tunesien und Ägypten zu eigentlichen Revolutionen im Sinne tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Transformationen weiterentwickeln, bleibt abzuwarten. Mit weiteren Umstürzen ist am ehesten in arabischen Republiken zu rechnen. Die arabischen Monarchien besitzen grundsätzlich eine höhere Legitimität, dürften aber um Reformschritte ebenfalls nicht herkommen. Werden die Staaten in Nordafrika und der Levante pluralistischer, dürften sie sich vermehrt nach Europa wenden. Die ölexportierenden

Golfmonarchien wiederum werden zunehmend in Richtung der energiehungrigen aufsteigenden Mächte in Asien blicken. Ein weiterer regionaler Trend betrifft den Aufstieg der nicht-arabischen Peripherie, wobei vor allem die Türkei heute eine sehr aktive Rolle im Nahen Osten spielt. Die USA wiederum dürften im Zuge der jüngsten Entwicklungen weiter an Einfluss in der Region verlieren.

- VII. Internationale Sicherheitspolitik war im vergangenen Jahrzehnt massgeblich durch den Kampf gegen den dschihadistischen Terrorismus geprägt. Allerdings ist zehn Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001 festzuhalten, dass der **Terrorismus für Europa und Nordamerika** keine existentielle Bedrohung darstellt und letztlich **als handhabbares Risiko** zu verstehen ist. Die Kernorganisation der Kaida ist geschwächt, die Wahrscheinlichkeit von Grossanschlägen in westlichen Staaten hat abgenommen. Die überwiegende Mehrheit der al-Kaida zugewandten Organisationen verfolgen lokale Ziele. Al-Kaidas Ideologie des globalen Dschihad gegen den Westen wird im islamistischen Diskurs zunehmend marginalisiert. In vielen muslimisch geprägten Gesellschaften hat die Kaida massgeblich an Unterstützung verloren, zumal die von ihr orchestrierten Terroranschläge viele muslimische Opfer gefordert haben. Die grösste Bedrohung westlicher Staaten geht heute von denjenigen „Homegrown“-Terroristen aus, die in Krisengebieten von Terrororganisationen ausgebildet wurden. Terrorabwehr bleibt zwar eine – kostenintensive – operative Daueraufgabe. Aus strategischer Warte handelt es sich beim Terrorismus aber um eine nachgelagerte Herausforderung.
- VIII. Die Frage, wie mit schwachen Staaten umzugehen ist, bleibt nicht nur mit Blick auf die Terrorbekämpfung eine grosse Herausforderung. Vielmehr ist in den letzten Jahren auch ein verstärkter Zusammenhang zwischen schwacher Staatlichkeit, **Drogenhandel und politischer Gewalt** zu diagnostizieren. Afghanistan ist das prominenteste Beispiel eines Drogenanbaustaats, in dem Aufständische mittels Drogenhandel ihren Kampf gegen die Zentralmacht teilfinanzieren. Die durch den Drogenhandel begünstigte Korruption ist gleichzeitig ein wichtiger Grund, warum der Staatsaufbau nur schleppend vorankommt. In Mexiko als Drogentransitstaat wiederum hat die Repressionspolitik der Regierung gegen die Drogenkartelle zu einer deutlichen Gewalteskalation geführt. Auch die Korruption von Staatsbeamten durch die Kartelle hat zugenommen, was in einer Schwächung staatlicher Institutionen resultiert. Eine verstärkte internationale Koordination in der Bekämpfung des Rauschgifthandels wäre eine wichtige Voraussetzung zur Eindämmung des Problems. Eine gemeinsame Strategie der Staatengemeinschaft zeichnet sich aber angesichts divergierender Positionen und Einschätzungen nicht ab.

(3) **Panel I: Aussenpolitische Prioritäten der Schweiz zwischen Europa und den neuen Mächten**

- IX. Im Anschluss an die CSS-Präsentation wurden in zwei Panels die Rückwirkungen dieser internationalen Entwicklungen auf die Schweiz erörtert. Das erste Panel befasste sich mit der Frage nach der Ausrichtung der Schweizer Aussenpolitik in einer zunehmend nicht-westlich geprägten Welt. Vor dem Hintergrund der globalen Machtverschiebungen und der Schuldenkrise in Europa diskutierten Staatssekretär Peter Maurer (EDA), Dr. Gerhard Schwarz (Direktor Avenir Suisse) und Dr. Daniel Möckli (Senior Researcher CSS), wie die Schweiz künftig ihre Interessen auf globaler und europäischer Ebene am besten wahren kann und wo die Prioritäten zu setzen sind.

- X. In der Debatte kristallisierten sich vier zentrale Themen heraus: *Erstens* waren sich die Podiumsteilnehmer einig, dass die europäische und die globale Dimension schweizerischer Aussenpolitik eng aufeinander abzustimmen sind und die europäischen Staaten häufig auch im ausser-europäischen Rahmen wichtige Partner für die Schweiz sind. Kein Konsens bestand bezüglich der Frage, inwieweit die Schweiz auf globaler Ebene bereits heute parallel mit den EU-Staaten agiert oder ihre Politik vielmehr durch variable Allianzen und eigenständige Strategien gekennzeichnet ist. *Zweitens* war unbestritten, dass die Schweiz aufgrund der globalen Machtverschiebungen an Einflussmöglichkeiten verliert. Die Tragweite und Bedeutung dieser Entwicklung wurden allerdings unterschiedlich bewertet, wobei sowohl ein Appell zu mehr Bescheidenheit als auch Aufforderungen zur Suche nach alternativen Strategien der Einflussnahme und zu vermehrten Beiträgen an die globale Stabilität zu vernehmen waren. *Drittens* anerkannten alle Panelteilnehmer, dass die geringe Priorisierung in der Aussenpolitik auf strukturelle Faktoren wie die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt und das politische System der Schweiz zurückzuführen sind. Gleichwohl wurde teilweise auf die Notwendigkeit inhaltlicher Schwerpunkte hingewiesen, wobei unterschiedliche Themen wie die Europapolitik, die globale Aussenwirtschaftspolitik oder das humanitäre Engagement (Plenumsvorschlag) als Kernbereiche identifiziert wurden. Anknüpfend an diesen Punkt wurde *viertens* diskutiert, inwieweit das universelle Vertretungsnetz der Schweiz in einer zunehmend nicht-westlichen Welt interessengerecht oder mit der Gefahr einer Überdehnung der Schweizer Diplomatie verbunden ist. In diesem Zusammenhang blieb unklar, ob in den letzten Jahren überhaupt eine Verlagerung diplomatischer Ressourcen weg von Europa stattgefunden hat.
- XI. Nach Ansicht von Staatssekretär Maurer ist die Schweiz gut für die anstehenden aussenpolitischen Herausforderungen gerüstet, da sie einerseits traditionell universell ausgerichtet ist, andererseits einen klaren Schwerpunkt in den Beziehungen zu Europa setzt. Auf Trends wie die Globalisierung, die Regionalisierung, die Machtverlagerungen nach Asien und die zunehmende Bedeutung multilateraler Foren kann die Schweiz gleichzeitig flexibel und mit einer gewissen Kontinuität reagieren. Die enge Verzahnung von Aussen- und Innenpolitik erklärt nicht nur die mangelnde Prioritätensetzung, sondern teilweise auch die Widersprüche, die sich in der Aussenpolitik bisweilen zeigen (z.B. Globalisierungsgewinnerin vs. Globalisierungskritik; enge Vernetzung mit EU vs. Euroskeptizismus; internationale Ausrichtung der Wirtschaft vs. nationale Rückbesinnung). In der Europafrage geht der Bundesrat davon aus, dass der Bilateralismus tragfähig bleibt. Die bilateralen Abkommen sind so zu kalibrieren, dass sie von beiden Seiten ratifiziert werden können. Gleichzeitig sind die Souveränitätsbilanz und die Opportunitätsinteressen immer wieder neu zu beurteilen. Die Unterscheidung zwischen einer europäischen und einer globalen Dimension von Aussenpolitik ist in der Praxis obsolet; konkrete aussenpolitische Entscheide der Schweiz liegen jeweils innerhalb der Bandbreite europäischer Interessen.
- XII. Gerhard Schwarz warnte vor einer Selbstüberschätzung der letztlich kleinen Schweiz und plädierte für eine durch Bescheidenheit geprägte Aussenpolitik. Ohne die Bedeutung von Werten grundsätzlich in Frage zu stellen, sprach er sich für eine interessengeleitete Aussenpolitik aus, die der Freiheit, der Selbstbestimmung und dem Wohlstand verpflichtet sein sollte. Nicht zuletzt aufgrund der Rohstoffabhängigkeit der Schweiz und der ausgeprägten wirtschaftlichen Interdependenz mit anderen Staaten gebührt aussenwirtschaftlichen Fragen besondere Aufmerksamkeit. Die Diversifizierung der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik mit einem starken europäischen Pfeiler und einer wachsenden Zahl von Freihandelsabkommen mit nichteuropäischen Staaten ist zu begrüßen. Die EU ist zwar der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz, dyna-

misches Wachstum lässt sich aber vor allem in Asien beobachten. Machten die BRIC-Staaten 1990 noch 3% der Schweizer Exporte aus, so dürfte diese Zahl 2020 bereits bei 25% liegen. Die diagnostizierten Widersprüche in der Aussenpolitik sind gemäss Schwarz die logische Konsequenz davon, dass die Schweiz ein enorm offenes Land ist, das aber gleichzeitig seine Identität zu wahren sucht.

- XIII. Gemäss Daniel Möckli liegt die zentrale aussenpolitische Herausforderung der nächsten Jahre in der Europapolitik. Der Bundesrat war im letzten Jahrzehnt hauptsächlich mit der innen- wie aussenpolitisch anspruchsvollen Umsetzung der bilateralen Verträge beschäftigt und hat die wachsende Skepsis in Brüssel gegenüber dem immer komplizierter werdenden Vertragswerk zumindest öffentlich erst spät thematisiert. Die Forderungen der EU an die Schweiz gehen heute weit und laufen de facto auf das Modell einer bilateralen Assoziierung mit EWR-ähnlichen Merkmalen hinaus. Wirtschaftliche Vorteile des Bilateralismus stehen in einem wachsenden Spannungsfeld zu staatspolitischen Nachteilen. Wird sich die Schweiz nach den Wahlen 2011 einer Europadebatte kaum entziehen können, so sollten die europapolitischen Optionen künftig vermehrt auch im grösseren aussenpolitischen und aussenwirtschaftlichen Kontext bewertet werden. Die Vor- und Nachteile einer engeren Anlehnung an den EU-Verbund zur Wahrung schweizerischer Interessen auf der globalen Ebene sind bisher nicht systematisch untersucht worden. Wie zuletzt die Iransanktionen gezeigt haben, steht die Schweizer Aussenpolitik auch ausserhalb Europas teilweise unter vermehrtem Anpassungsdruck.

(4) Panel II: Terrorismus: Bedrohung und Abwehrmassnahmen

- XIV. Das zweite Panel befasste sich mit dem dschihadistischen Terrorismus zehn Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Dabei diskutierten Nationalrat Daniel Vischer (Grüne), Jürg S. Bühler (Vizedirektor NDB), Dr. Guido Steinberg (wissenschaftlicher Mitarbeiter SWP) und Eric Gujer (Auslandredaktor NZZ) die aktuelle Bedrohungslage in Europa und der Schweiz sowie die Rolle und Kompetenzen des Nachrichtendienstes des Bundes im Rahmen der schweizerischen Terrorabwehr.
- XV. Die Panelteilnehmer waren sich einig, dass die Schweiz kein vorrangiges Ziel für Terroristen ist. Während Daniel Vischer andere Gefahren wie den Klimawandel, die Nukleartechnologie oder die Finanzkrise in Erinnerung rief, warnten die anderen Podiumsteilnehmer allerdings davor, die Terrorbedrohung in der Schweiz zu unterschätzen. Den unterschiedlichen Lageanalysen entsprechend divergierten auch die Positionen bezüglich eines Ausbaus der nachrichtendienstlichen Mittel und Befugnisse im präventiven Staatsschutz der Schweiz. Daniel Vischer betonte den Grundrechtsschutz und lehnte eine Kompetenzerweiterung des NDB ab. Andere Redner warnten vor der Tendenz, einseitig die Überwachungs- und präventiven Interventionsmöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden zu stärken und den NDB in der inneren Sicherheit zu marginalisieren.
- XVI. Guido Steinberg zeichnete drei Phasen der dschihadistischen Bedrohung in Europa seit 9/11 nach. Einer ersten Phase organisierter Dschihadisten folgte Mitte des letzten Jahrzehnts eine Phase autonom agierender Einzeltäter oder kleiner Gruppierungen. Seit 2006/07 geht nun aber die grösste Gefahr von einem hybriden Typus von Terrorist, den sogenannten Neuen Internationalisten, aus. Dabei handelt es sich um junge Muslime oder Konvertiten, die in Trainingscamps von Terrororganisationen ausgebildet werden, nach ihrer Rückkehr nach Europa aber weitgehend autonom agieren. Galt Grossbritannien lange als grösstes und wichtigstes Sammelbecken

für Dschihadisten in Europa, so hat sich die Terroristszene in Deutschland in den letzten Jahren rasant entwickelt. In Staaten, die in Irak oder Afghanistan militärisch präsent sind, ist die Terrorgefahr höher als in anderen Staaten. Allerdings sind die Motive der Radikalisierung vielfältig. Häufig spielt der Karikaturenstreit eine Rolle. Die Bedeutung mangelhafter Integration in westliche Gesellschaften bleibt hingegen umstritten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Vernetzung dschihadistischer Aktivisten im deutschsprachigen Raum empfiehlt Steinberg auch der Schweiz, die Terrorbedrohung kontinuierlich zu analysieren.

- XVII. Eric Gujer illustrierte mit einer Einzelfallanalyse die aktuelle terroristische Bedrohung in Europa wie auch die Notwendigkeit präventiver Staatsschutzmittel. Der Fall betraf die Verhaftung eines jungen Konvertiten aus Kamerun, der im Herbst 2010 mit Drohvideos ein Mitglied der Sauerland-Zelle freipressen wollte. Der Mann war den Behörden Monate zuvor an einer Veranstaltung aufgefallen. Er war seither observiert worden, wobei auffiel, dass er Anleitungen zum Bombenbau aus dem Internet herunterlud. Gemäss Gujer fehlen dem NDB in der Schweiz die Mittel, um eine solche Person frühzeitig erkennen zu können und gegebenenfalls verhaften zu lassen. Ähnlich wie Deutschland vor ein paar Jahren ist die Schweiz noch immer eine Insel der Glückseligen bezüglich Informationsbeschaffung. Nachrichtendienstliche Kompetenzen zu einer auch verdachtsunabhängigen technischen Überwachung und einer Observierung in (halb-)privaten Räumen sind seiner Meinung nach unabdingbar.
- XVIII. Gemäss Jürg S. Bühler ist die Terrorbedrohung in der Schweiz bisher begrenzt geblieben, was er u.a. auf die gesellschaftliche Stabilität und die wirtschaftliche Zufriedenheit der Migranten zurückführte. Auch sind seiner Meinung nach die Auswirkungen des Minarettverbots nicht zu vergleichen mit den Folgen des Karikaturenstreits. Aber auch wenn der globale Dschihadismus in der Defensive ist, muss die Schweiz jederzeit mit radikalisierten Einzeltätern rechnen. Bekannt ist etwa der Fall jenes in der Schweiz Radikalisierten, der innerhalb der Kernorganisation al-Kaidas in Pakistan aufgestiegen ist. Bühler vertrat ebenfalls den Standpunkt, wonach Vorbereitungshandlungen für Terroranschläge häufig nur mit entsprechenden Observationsinstrumenten erkennbar sind. Im Übrigen wies er daraufhin, dass die Debatte über den „grossen Lauschangriff“ in Deutschland unter anderen Vorzeichen stand als in der Schweiz. Während es in Deutschland darum ging, ob die Strafverfolgungsbehörden Kompetenzen zur Überwachung privater Räume analog zum deutschen Staatsschutz bekommen sollten, ist die Ausgangslage in der Schweiz umgekehrt.
- XIX. Daniel Vischer argumentierte, dass die Definition, wer ein Terrorist ist, stets politisch sei. Als Beispiel nannte er die UCK im Kosovo, die zunächst als Terrororganisation, später als Sinnbild für Freiheitskampf bezeichnet wurde. Auch wies er darauf hin, dass stets sorgfältig zwischen politischem Islamismus und gewaltbereiten islamistischen Extremisten zu unterscheiden sei. Vischer schliesst nicht aus, dass sich der NDB aufgrund seiner begrenzten gesetzlichen Kompetenzen heute bisweilen zu gesetzeswidrigen Ermittlungen im Rahmen der Terrorabwehr gezwungen sieht. Das ist aus seiner Sicht aber das kleinere Übel als eine Ausweitung der nachrichtendienstlichen Gesetzesgrundlagen, da sonst seiner Meinung nach im NDB eine Eigendynamik droht, die kaum mehr parlamentarisch kontrollierbar wäre. Der Staatsschutz soll in der Schweiz besser nur bei konkretem Tatverdacht ermitteln können – im Zweifelsfall ist der Grundrechtsschutz zu priorisieren.

II Hintergrund: Die ETH-Arbeitstagungen

Die „ETH-Arbeitstagungen zur schweizerischen Sicherheitspolitik“ sollen Impulse für das strategische Denken in der Schweiz geben und Grundlagen für die Überprüfung und die Weiterentwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik schaffen. Die regelmässig stattfindenden Veranstaltungen widmen sich aktuellen sicherheits- und militärpolitischen Entwicklungen und beleuchten die kurz-, mittel- und langfristigen Herausforderungen für die Schweiz, die Auswirkungen auf die sicherheitspolitische Strategie der Schweiz sowie Umsetzungsmöglichkeiten. Die Arbeitstagungen werden vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich durchgeführt.

Bisher wurden an den ETH-Arbeitstagungen folgende Themen behandelt:

- Welches Dienstpflicht- und Ausbildungskonzept für die Schweizer Armee? (22.11.2010)
- Weltpolitische Lage 2010: Herausforderungen für die Schweiz (5.2.2010)
- „Risiken Schweiz“: Risiko- und Gefährdungsanalyse im Kontext sicherheitspolitischer Strategieentwicklung (17.11.2009)
- Nationale Interessen und internationale Positionierung der Schweiz (17.6.2009)
- Umfassende Friedensförderung: Die Bedeutung und Herausforderung der Vernetzung von zivilen und militärischen Beiträgen (5.2.2009)
- Rüstungspolitik: Trends und Herausforderungen (27.11.2008)
- Strategisches Krisenmanagement (30.5.2008)
- Von der Bedrohungs- zur Risikopolitik: Politische Steuerung der Streitkräfte im Rahmen einer vernetzten Sicherheitspolitik (4.7.2007)
- Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im nationalen Krisenmanagement (30.11.2006)
- Peace Support Operations (27.6.2006)
- Schnittstellen zwischen Armee und Polizei in der inneren Sicherheit (13.3.2006)
- Sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklungen in Europa und ihre Bedeutung für die Schweiz (24.11.2005)

III Programm

13.30	<p>Begrüssung und Einführung: Weltpolitische Lage 2011</p> <p>Präsentation und Diskussion aktueller weltpolitischer Entwicklungslinien, basierend auf der CSS-Jahrespublikation „Strategic Trends 2011“:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Machtzuwachs von Schwellenländern – Fragmentierung des internationalen Systems • Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch • 10 Jahre 9/11: Terrorismus und Terrorabwehr im Wandel • Drogenhandel und Gewaltkonflikte
	Präsentation: Prof. Andreas Wenger und Dr. Daniel Möckli, Center for Security Studies, ETH Zürich
14.15	<p>Panel I: Aussenpolitische Prioritäten der Schweiz zwischen Europa und den neuen Mächten</p> <p>Staatssekretär Peter Maurer, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten Dr. Gerhard Schwarz, Direktor, Avenir Suisse Dr. Daniel Möckli, Senior Researcher, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich</p>
	Moderation: Prof. Andreas Wenger, Center for Security Studies, ETH Zürich
15.30	Kaffeepause
16.00	<p>Panel II: Terrorismus: Bedrohung und Abwehrmassnahmen</p> <p>Jürg S. Bühler, Vizedirektor, Chef Steuerung / Lage, Nachrichtendienst des Bundes Nationalrat Daniel Vischer, Grüne Dr. Guido Steinberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin Eric Gujer, Auslandredaktion, Neue Zürcher Zeitung</p>
	Moderation: Dr. Victor Mauer, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
17.20	Apéro riche

V Anhang: CSS-Präsentation „Weltpolitische Lage 2011“

CENTER FOR SECURITY STUDIES (CSS)

Weltpolitische Lage 2011

Herausforderungen für die Schweiz



ETH-Arbeitstagung, 18. März 2011

ETH
Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

CSS
ETH Zurich

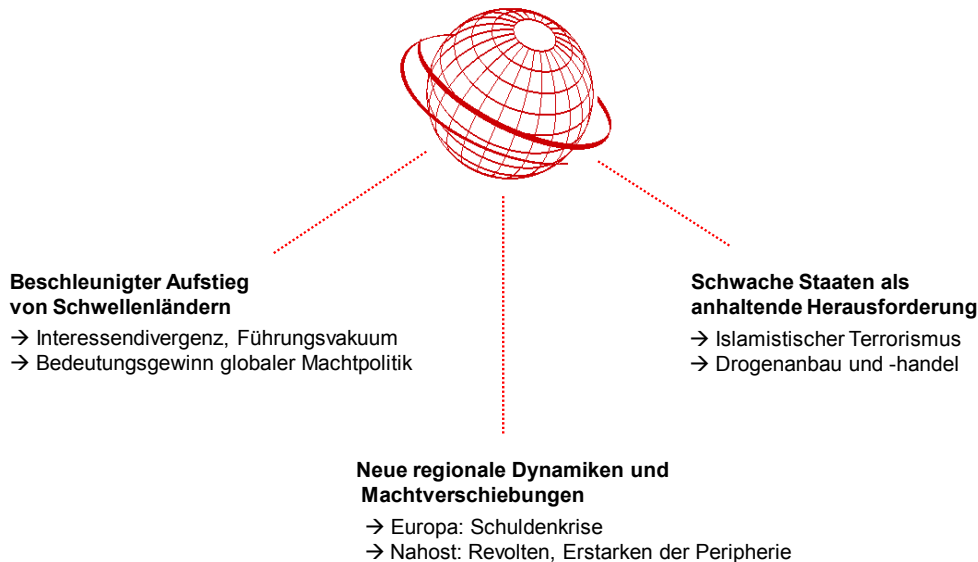
Übersicht Tagung



Tagungsprogramm

13:30	Begrüssung und Einführung: Weltpolitische Lage 2011 Präsentation und Diskussion aktueller weltpolitischer Entwicklungslinien, basierend auf der CSS-Jahrespublikation „Strategic Trends 2011“: <ul style="list-style-type: none"> • Machtzuwachs von Schwellenländern – Fragmentierung des internationalen Systems • Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch • 10 Jahre 9/11: Terrorismus und Terrorabwehr im Wandel • Drogenhandel und Gewaltkonflikte
	Präsentation: Prof. Andreas Wenger und Dr. Daniel Mückli, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
14:15	Panel I: Aussenpolitische Prioritäten der Schweiz zwischen Europa und den neuen Mächten Staatssekretar Peter Maurer, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten Dr. Gerhard Schwarz, Direktor, Avenir Suisse Dr. Daniel Mückli, Senior Researcher, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich Moderation: Prof. Andreas Wenger, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
15:30	Kaffeepause
16:00	Panel II: Terrorismus: Bedrohung und Abwehrmassnahmen Jürg S. Bühler, Vizedirektor, Chef Steuerung / Lage, Nachrichtendienst des Bundes Nationalrat Daniel Vischer, Grüne Dr. Guido Steinberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin Eric Gujer, Auslandsredaktion, Neue Zürcher Zeitung Moderation: Dr. Victor Mauer, Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich
17:20	Apéro riche

Fragmentierung des internationalen Systems



Zunehmende Komplexität von Sicherheitspolitik

Machtzuwachs von Schwellenländern – geopolitische Fragmentierung

- China als Lokomotive der Weltwirtschaft
- Andere Schwellenländer erstarben dank Wirtschaftsbeziehungen mit China
- USA: Schuldenlast + politische Blockade
- Interessendivergenz = Fragmentierung
- Kollektives Handeln vs. globale Machtpolitik

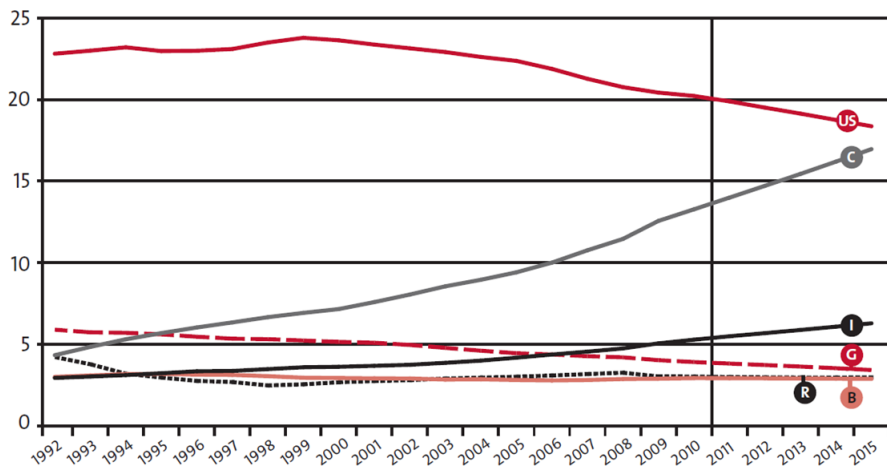


ETH
 Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
 Swiss Federal Institute of Technology Zurich

CSS
 ETH Zürich

Anteil am globalen BIP

Share of global GDP: China closes on the US



Note: Graphic displays comparison of US, BRIC, and Germany as Europe's biggest economy rather than a global ranking

Source: IMF 2011

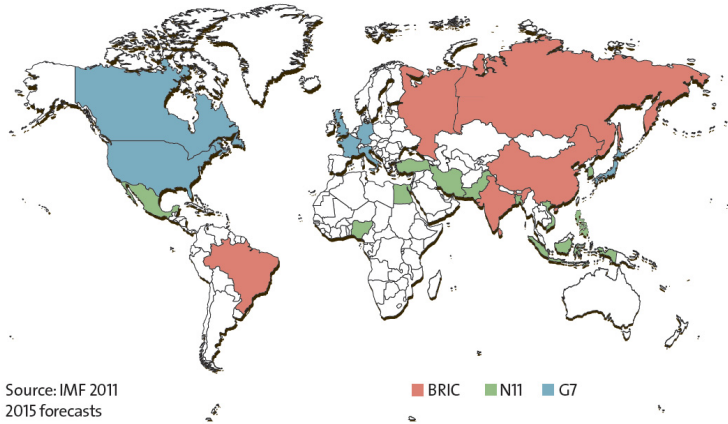
- US United States
- C China
- I India
- G Germany
- R Russian Federation
- B Brazil

ETH
 Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
 Swiss Federal Institute of Technology Zurich

CSS
 ETH Zürich

Wachstumsprognosen 2015

BRIC, N11, G7: GDP growth 2015 (in %): 'Chindia' ahead



1. China	9,5
2. India	8,1
3. Vietnam	7,5
4. Bangladesh	7
5. Indonesia	7
6. Egypt	6,5
7. Nigeria	6
8. Pakistan	6
9. Philippines	4,5
10. Brazil	4,1
11. Russian Federation	4
12. Korea, Republic of	4
13. Turkey	4
14. Mexico	3,8
15. Iran	3
16. United Kingdom	2,6
17. United States	2,6
18. France	2,1
19. Canada	2
20. Japan	1,7
21. Germany	1,3
22. Italy	1,3

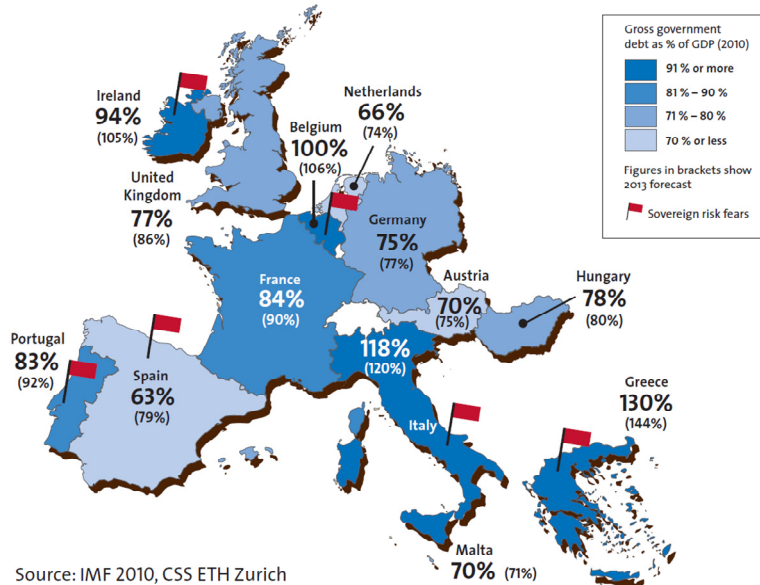
Schuldenkrise und Machtverschiebungen in Europa

- Überschuldete Peripherie
- Eurozone: Zentralisierte Geldpolitik vs. nationale Haushaltspolitik
- Kurzfristig: Solidarität funktioniert
- Langfristig: Divergierende Lösungsansätze
- Relativer Machtzuwachs Deutschlands
- Internes Krisenmanagement vs. globale Rolle



Europäische Schuldenkrise

EU countries with largest debt to GDP ratios



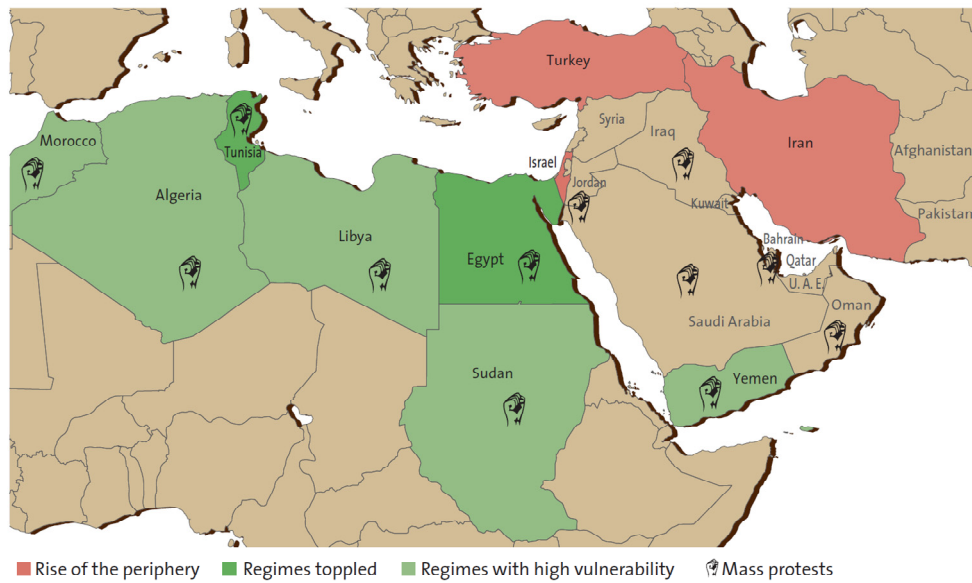
Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch

- Revolten und Revolutionen
- Republiken vs. Monarchien
- Nordafrika / Levante → Europa
- Mittlerer Osten → Mittlerer Westen
- Erstarren der nicht-arabischen Peripherie
- Schwächung USA + al-Kaida



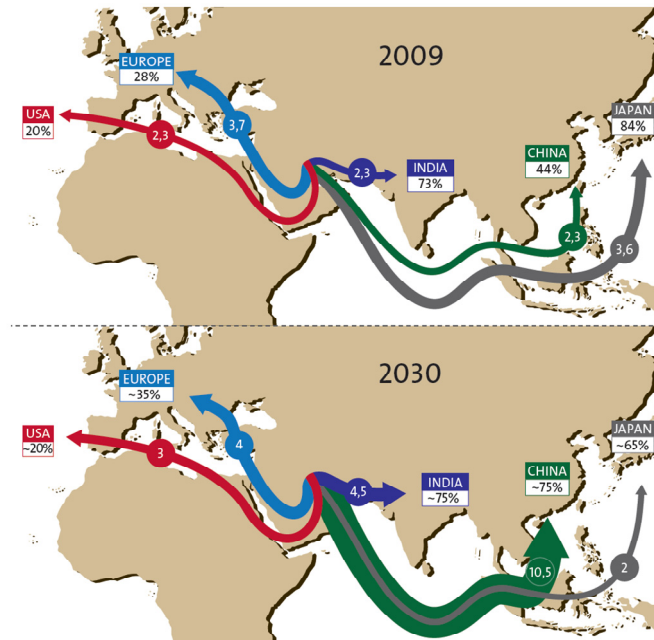
Regionale Dynamiken im Nahen und Mittleren Osten

Changing regional dynamics in the Middle East



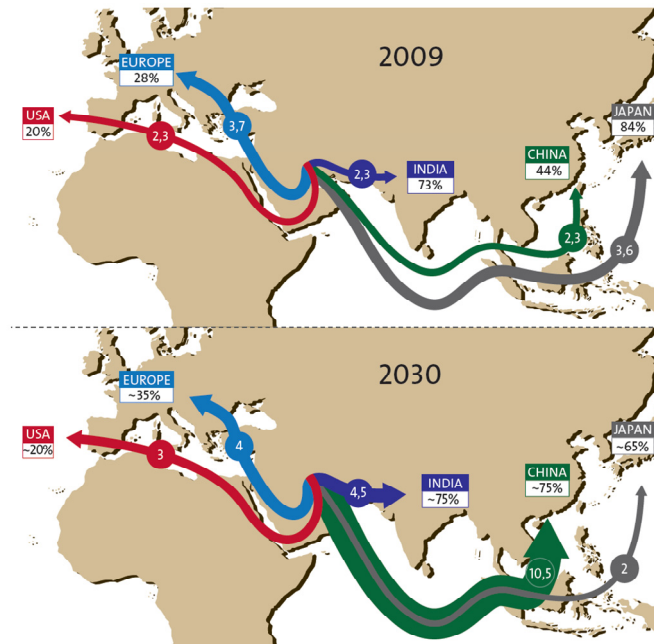
Ölimporte aus dem Nahen und Mittleren Osten

Oil imports from the Middle East



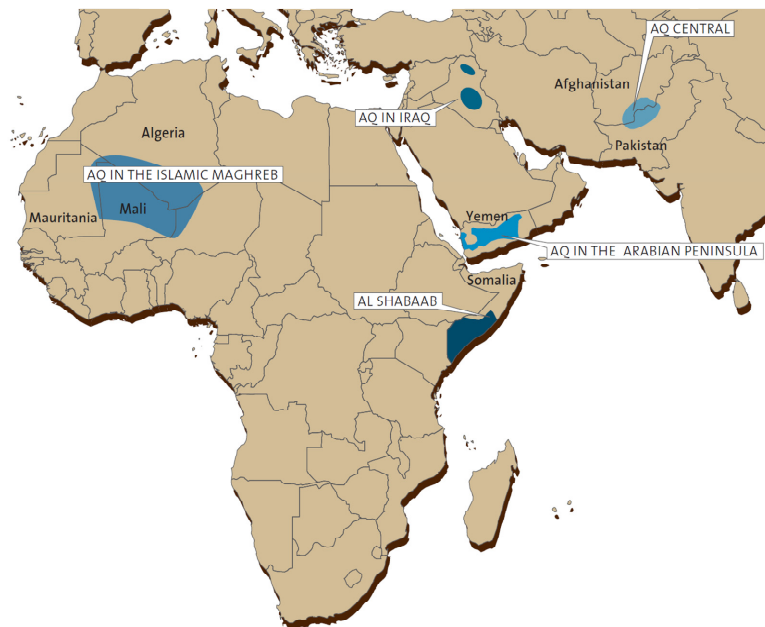
Ölimporte aus dem Nahen und Mittleren Osten

Oil imports from the Middle East



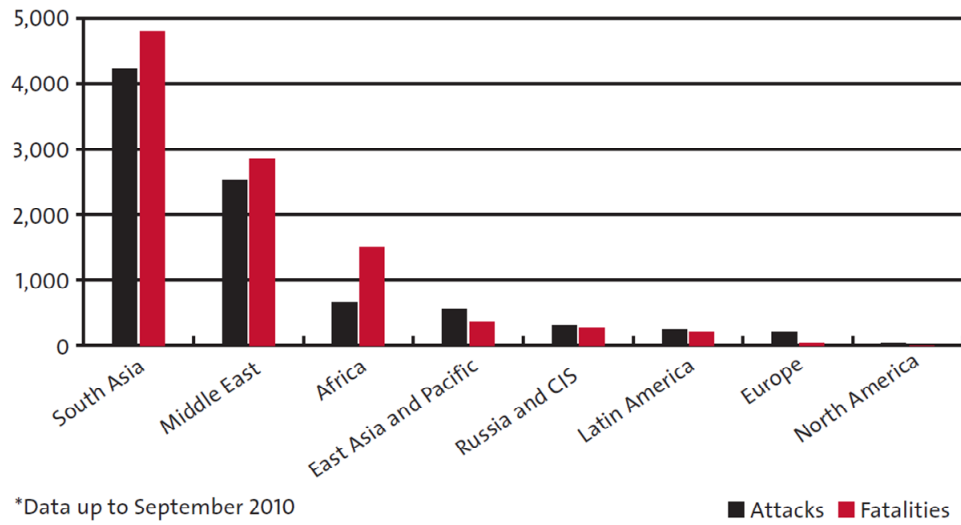
Al-Kaida und regionale Ableger: Kein Netzwerk

Al-Qaida and its affiliates



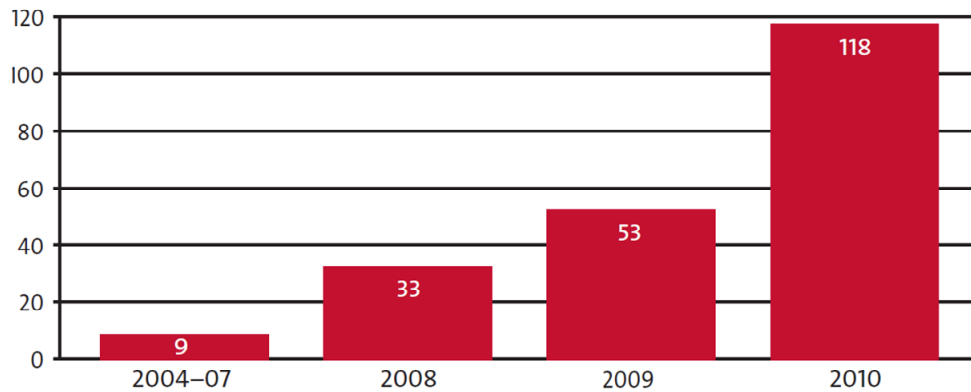
Regionale Verteilung von Terroranschlägen 2010

Global distribution of terrorist incidents in 2010*



US-Drohnenangriffe in Pakistan

US drone strikes in Pakistan



Source: New America Foundation 2011

Drogenhandel als wachsendes Sicherheitsproblem

- Drogenhandel → Gewaltkonflikte
- Anbau-Staaten:
Aufstandsfinanzierung + Ballon-Effekt
- Transit-Staaten:
Gewalteskalation als Folge von Repression
- Korruption → Schwächung von Staaten
- Drogenhandel und Terrorismus
- Mangelnde internationale Strategie zur Drogenbekämpfung

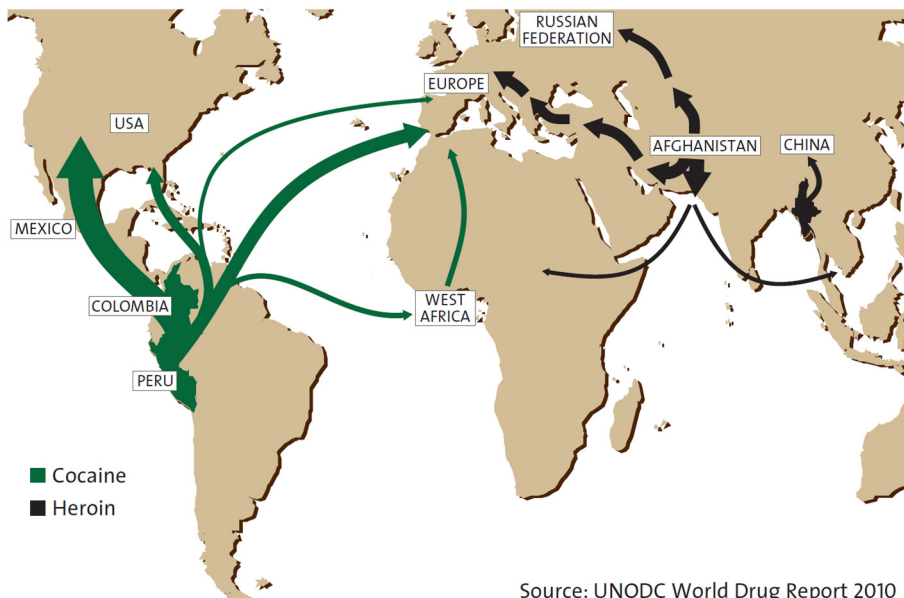


ETH
Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

CSS
EFT Zürich

Globale Drogenströme

Global drug flows

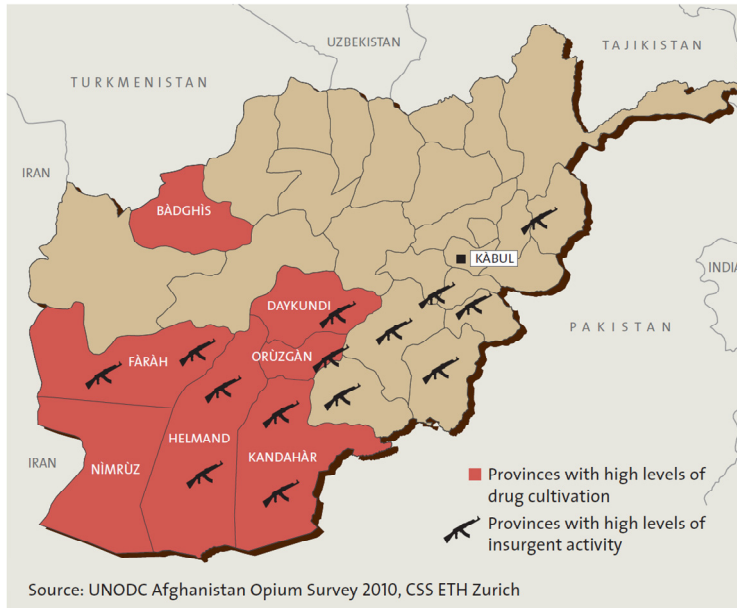


ETH
Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

CSS
EFT Zürich

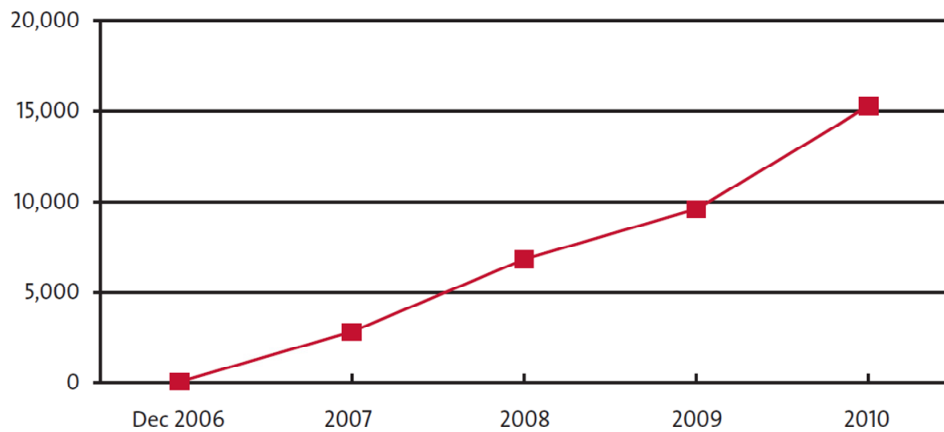
Taliban und Drogenanbau 2010

Drug cultivation and insurgency in Afghanistan 2010



Opfer des mexikanischen Drogenkriegs 2006-10

Fatalities related to drug violence in Mexico 2006–10



Source: Government of Mexico 2011

Webseite Strategic Trends Analysis (STA)



www.sta.ethz.ch